



## Plan A: Wie wir die Welt veränderten

Von Antonio Gramsci, 2048

Vor 30 Jahren hätten wir nie geglaubt, dass wir so viel schaffen würden. Damals war zwar weiten Teilen der Bevölkerung klar, dass wir so nicht weitermachen können, dass wir weitreichende und fundamentale Änderungen in Politik und Wirtschaft brauchen. Und viele litten ja auch persönlich unter dieser Politik und sahen, wie die Umwelt vor die Hunde ging. Aber irgendwas zu ändern, das hatten „wir“ ja schon seit langem nicht mehr hingekriegt, abgesehen von dem einen oder anderen Teilerfolg. Damals herrschten vielfach Pessimismus, Zynismus und Orientierungslosigkeit, in Deutschland und anderswo.

Denn der Zwist fing schon damit an, dass man sich noch nicht einmal darauf einigen konnte, wer überhaupt das „wir“ ist. Wir – wer ist das? Die ganze Gesellschaft? Also auch Bevölkerungsgruppen, die man hasst wie die Pest, gehören die auch dazu? Oder bist du das im Wesentlichen selbst, zusammen mit deiner engeren Filterblase? Und wer sind dann deine Verbündeten, wer geht noch, und wer nicht mehr? Darüber stritten sie damals endlos und vor allem ergebnislos. Teile und herrsche, die alte, uralte Strategie der herrschenden Eliten funktionierte um 2020 geradezu lehrbuchhaft perfekt. Niccolò Machiavelli, der brillante Theoretiker der Macht, hätte seine wahre Freude gehabt. Sie wussten, wie man herrscht, die Eliten um 2020.

Die Eliten und Funktionäre der „progressiven Zivilgesellschaft“ waren damals allerdings auch Leute, mit denen man „teile und herrsche“ gut machen konnte. Sie hatten sich gut eingerichtet im damaligen System. Streikende Schülerinnen und Schüler hielten auch ihnen 2019 den Spiegel vor: auch ihr redet und redet nur, und nichts passiert. Sofort fingen sie in den Leitmedien geschwätzig an, die nächsten Sollbruchstellen in der kritischen Zivilgesellschaft aufzumachen: jung gegen alt, organisiert gegen nichtorganisiert, und den ewigen Dauerbrenner „radikal gegen gemäßigt“. Und natürlich fingen sie nach einem halben Jahr Glorifizierung der Leitfigur Greta Thunberg an, sie madig zu machen. Eine Reisekostenabrechnung habe sie gefälscht, so fing es an, ein paar dumme Sprüche nachdem sie zu viel getrunken hatte, und dann ihr umstrittenes Treffen mit Putin...das erprobte Muster, wie man Bewegungen diskreditiert, auseinanderdividiert, auflaufen lässt.

Eine neue Bewegung entsteht

Aber diesmal funktionierte es nicht mehr. Was in den Onlineauftritten von Spiegel, Tagesschau, Welt & Co stand, interessierte die jungen Leute 2020 kaum noch, ganz im Gegensatz zu den Funktionären. Sie denunzierten sie auch nicht als „Lügenpresse“, vielmehr

ignorierten sie sie einfach. Sie bekamen die offiziellen „Leitmedien“ überwiegend gar nicht mehr mit. *Spiegel online*, wer liest denn sowas? Wie altmodisch! Ihre Medien waren andere, nicht-kommerzielle, engagierte Onlineplattformen, die nach dem triumphalen Sieg über die geplanten Uploadfilter 2019 erst richtig boomten. Es waren keineswegs nur Twitter, Facebook, Instagram – also die alten Kommerz-Multis aus den USA, die ihre großen Tage schon Mitte der 2020er Jahre hinter sich hatten, sondern viele neue Plattformen. In diesen Alternativmedien fanden völlig andere Diskussionen statt. Auch die leitmedienfixierten Funktionäre der Parteien und der organisierten Verbändelandschaft hatten immer wieder Mühe, mitzuhalten, welche Kommunikations-Plattform gerade angesagt ist. Genau das geschwätzige linksliberale Kommentariat, das seit Jahrzehnten zuverlässig Diskussionen in Sackgassen gelenkt hatte, stand um 2020 da wie Redner, denen man Mikrophon, Rednerpult und Publikum weggenommen hat: Sie waren nicht mehr wichtig.

Was auch nicht mehr ankam, war die Obsession der NGO-Funktionäre um das Jahr 2020 mit Verfahrens- und Strukturfragen. Ihre ständige Forderung an die Regierung nach „Partizipation der Zivilgesellschaft“ (womit sie selbst gemeint waren) wurde von den Regierungen nur zu gern erfüllt, um diese Funktionäre mit ins Boot zu holen. Im Ergebnis kam eine Legitimierung einer unpopulären Politik heraus, im Gegenzug für einige wenige unzureichende Zugeständnisse. Aber in der nicht-organisierten „Zivilgesellschaft“ (die diesen Begriff für sich selbst gar nicht benutzte) gab es immer weniger Verständnis für diese Schein-Partizipation. Sie wollten Ergebnisse sehen, eine andere Politik, mit welchen Verfahren auch immer, aber jedenfalls nicht mehr Partizipation an einer falschen Politik.

#### Neue Fragen – neue Diskussionen

So fanden Diskussionen statt, die es jahrzehntelang lang nicht mehr gegeben hatte. Was ist das deutsche Wirtschaftsmodell, wer hat was davon, wer nicht? Warum kann sich eine Politik halten, die die Mehrheit seit langem ablehnt, die unsere Zukunft und auch schon unsere Gegenwart kaputt macht, und warum erreicht die sogenannte Opposition so wenig? Was sollen wir mit Parteien noch anfangen, und warum ist Deutschland das letzte Land, wo es sowas wie Parteien überhaupt noch gibt? Die Zahl der Leute, die die Zustände nicht mehr länger achselzuckend hinnehmen wollten, wuchs rasch, und sie waren keine Besserwisser: sie wollten alles ändern, und sie wussten, dafür müssen sie viel lernen, um das alles zu verstehen. Und sie wussten, sie müssen es sich selbst beibringen, denn auf den Lehrplänen stand es nicht. Inspiriert wurden sie von ähnlichen Bewegungen in anderen Ländern, die teils spektakuläre Erfolge erzielten.

Mit dem ersten, was bei dieser Entwicklung über Bord geworfen wurde, war die selbstgerechte „Identitätspolitik“, die sich ab der Jahrtausendwende breitgemacht hatte. Die junge Bewegung war nämlich alles andere als sozial homogen – sie war weitaus heterogener, weitaus weniger akademisch als die führenden Kreise der Wirtschafts-, Parteien- und Verbändelandschaft. Wer seine eigenen Weltbilder verbindlich den anderen vorschreiben wollte, erlitt rasch Schiffbruch. Der Verfassungsschutz hat zwar alles getan, um die bewährten Spaltpilze weiter aktiv zu halten, aber sie wurden nur noch als Querulanten wahrgenommen. Berühmt wurde die französische Studentin, die 2021 bei einer Aktionskonferenz aufstand und einem Veteranen der politischen Korrektheit ein Plakat mit dem Porträt von Tullius Destructivus entgegenhielt. Die Asterix-Comics über das kleine gallische Dorf im Widerstand gegen das Weltreich waren in Frankreich wieder Kult geworden. Alle wussten sofort, wer gemeint war: Tullius Destructivus war ein begnadeter Intrigant, der im Dienste der Römer Streit und Intrigen ins Dorf der unbeugsamen Gallier tragen sollte, um so ihren legendären Zusammenhalt zu

unterminieren. Die Konferenz lachte, der Redner brauchte nicht weiterzureden. Plakate von Tullius Destructivus wurden bald weltweit gezeigt, wenn solche Leute das Wort ergriffen.



Die einzige politische Korrektheit, die es in dieser Bewegung noch gibt, ist die unbedingte Toleranz gegenüber anderen. Sie hatten die fruchtlosen Kulturkämpfe der 2010er Jahre gründlich satt. Du konntest Fleisch essen oder Veganerin sein, du konntest Muslimin sein oder Atheist, du konntest deine westfälische Heimat toll finden oder dich als Kosmopolit fühlen, es war deine Privatsache, und du hast niemals versucht, dein Ding anderen überzustülpen. Auch den elitären Szene-Jargon, den moralinsauren Puritanismus der 2010er Jahre, die verbissenen Verzichtsdiskurse – mit all diesem abschreckenden Zeug wollten sie nichts zu tun haben. Bei aller Wut auf die Verhältnisse, diese Menschen wollten auch das Schöne im Leben genießen, und taten es hier und heute. Das machte sie so sympathisch. Sie wollten mehr vom Leben, nicht verzichten – wohl wissend, dass das nicht heißen darf, die Umwelt noch weiter kaputtzumachen. Es war eigentlich doch nicht *so* schwer, für soziale Gerechtigkeit und gleichzeitig ein Ende des Raubbaus an der Umwelt zu kämpfen. Nein, es war nicht *gleichzeitig* Verzicht und das Gegenteil von Verzicht, also die Quadratur des Kreises. Der materielle Kuchen wurde *insgesamt* zwar kleiner, aber für die meisten doch größer, und Wohlstand bedeutet eben nicht nur immer mehr Konsum, sondern vor allem auch endlich wieder soziale Sicherheit.

Wer steckt dahinter?

Das alte Establishment versuchte verzweifelt herauszufinden, wer hinter diesen informellen Bewegungen und Initiativen steckte, die sich über irgendwelche neuen Apps zusammenfanden, von denen man noch nie gehört hatte und die schon bald wieder „out“ waren. Es konnte einfach nicht sein, dass heimatverbundene bayerische Bäcker Gesellen und kopftuchtragende junge Deutschtürkinnen nicht über Kopftuch, Heimat, Religion, Identität und all dieses andere Zeug diskutierten und sich bald anbrüllten, mit denen sie zuverlässig jahrzehntelang gegeneinander ausgespielt werden konnten. Stattdessen diskutierten sie in erster Linie darüber, wie sich beide gemeinsam ein größeres Stück vom Kuchen des gesellschaftlichen Wohlstands holen können, und zwar nicht auf Kosten des jeweils anderen, sondern auf Kosten derjenigen, die seit Jahrzehnten immer reicher wurden.

Soziologen schrieben später, diese Leute hätten „die soziale, ökonomische, ökologische und demokratische Frage zusammengedacht und nicht gegeneinander ausgespielt“, und so sei es ihnen gelungen, nicht nur die begrenzte Sphäre der ohnehin Gleichgesinnten zu erreichen, sondern in die ganze Gesellschaft hinein zu wirken. Sie erreichten die Unentschiedenen, und das war entscheidend.

Diese neuen Strömungen und ihre von den etablierten „Leitmedien“ kaum beeinflussbaren Diskussionen wurden immer schonungsloser in ihrem Drang, alles anders zu machen und

herauszufinden, warum alles so lange schiefgegangen ist. Warum schaffen es Industrieinteressen, die Interessen der Reichen, sich immer durchzusetzen? Wer sorgt dafür? Warum ermöglicht ein politisches System so etwas? Warum verdoppelt sich der angebliche Wohlstands-Maßstab BIP, aber zwei Drittel haben nichts davon? Warum steckt die Mehrheit in einem Niedriglohnsektor und arbeitet sich halbtot, während andere leistungslose Renditen in großem Stil kassieren? Warum geht es uns schlechter als unseren Eltern, wer hat das zu verantworten? Warum wissen wir, dass wir den Planeten Erde ökologisch ruinieren, und die dafür verantwortlichen Geschäftsmodelle laufen doch ungebremst weiter? Aber auch: Warum bekommt die etablierte Zivilgesellschaft nichts auf die Reihe?

### Organisieren statt mobilisieren

Spannend wurde es, als diese Leute – längst mehr als eine Jugendbewegung – immer öfter zur Tat schritten. Sie kamen nicht auf die Idee, Hunderttausende Unterschriften zu sammeln, die den Verantwortlichen doch sowieso egal gewesen wären. Sie organisierten keine millionenteuren, aufwendigen Demonstrationen in der Hoffnung, dafür 1 Minute Bericht in überholten „Leitmedien“ zu bekommen. Lobbygespräche mit Politikern oder Pressekonferenzen für die alten Medien machten sie schon gar nicht. Das Motto der alten Zivilgesellschaft und ihrer Clicktivist\*innen war: mobilisieren, immer wieder, für was auch immer, fragmentiert und planlos, immer reaktiv. Das Motto der neuen Bewegung war: organisieren, Leute zusammenbringen, dauerhaft und nicht von Fall zu Fall, agieren statt reagieren. Mit der Vereinsmeierei des 20. Jahrhunderts hatte das wenig zu tun, es war auf dem Papier viel informeller, und über Satzungen und Rechnungsprüfungsordnungen wurde auch nicht diskutiert. Aber dennoch war es sehr viel verbindlicher als die alten Vereine: die Menschen einte der unbedingte Wille zum Erfolg. Endlose Verfahrens- und Strukturdebatten waren ihre Sache nicht: sie merkten schnell, wie sehr das in die Paralyse führt. Eigene „Befindlichkeiten“ nicht so wichtig zu nehmen, dass man wegen so etwas alles aufhält, gehörte zum Grundkonsens: solcherlei Narzissmus war verpönt, wengleich gerade Bürgerkinder aus den oberen Schichten schwer damit zu kämpfen hatten, das zu überwinden. Es war die kulturelle Gegenbewegung gegen die Vereinzelung und Individualisierung, und sie war erfolgreich, weil sie ihr enormes Potenzial nicht theoretisch, sondern praktisch zeigte.

So wie 2019 aus dem Nichts die Schülerstreiks für das Klima begonnen hatten, begannen 2021 direkte Aktionen anderer Art. Als plötzlich die Paketboten von gleich 4 dieser Ausbeuterunternehmen streikten, kursierten gleichzeitig Boykottaufrufe gegen die Hauptkunden dieser Paketunternehmen. Kauft lokal ein, bestellt nichts mehr online. Unerklärliche massenhafte Krankmeldungen legten Logistikzentren tagelang lahm. Da war wohl etwas am Werk, was gründlich organisiert worden war.

Die Gewerkschaften, die Politik, die alten Medien, die Wirtschaftsverbände fielen aus allen Wolken. Aber diese direkte Aktion hatte diesen zentralen Teil der Niedriglohnsektor-Ökonomie tagelang lahmgelegt. Legal war das nicht, sie nannten es „wilde Streiks“. Die alten Medien verzweifelten bei dem Versuch, „Rädelsführer“ zu interviewen. Es gab keine.

Während die regierenden Parteien auf Druck der Wirtschaft sofort an Gesetzesverschärfungen arbeiteten, um solche Anschläge auf den „Wirtschaftsstandort Deutschland“ künftig zu unterbinden, kursierten in den „Leitmedien“ Verschwörungstheorien aller Art, die Russen stecken dahinter, die Linksradi\*kalen, die Rechtsradi\*kalen, die Chinesen, wer auch immer. Aber die breite Mehrheit des Volkes fand es toll. Niedriglohnsektorarbeiter aller Branchen, vereinigt euch – so formulierte es niemand, aber so wurde es aufgenommen.

Eine neue Streikkultur entsteht – und führt zu „rebellischen Städten“

Vorausgegangen waren intensive Anstrengungen, diese Leute endlich zu organisieren. Eigentlich die Aufgabe der Gewerkschaften, aber die hatten vor dieser Aufgabe schon längst kapituliert. Weil alle schnell merkten, dass sie persönlich etwas davon haben, wenn sie sich organisieren, und dass man sich aufeinander verlassen können musste, waren diese Organisationsbemühungen jenseits aller Weltanschauungen erfolgreich. Auch diejenigen, die zum Hass auf Muslime, auf Linke, auf Rechte oder wen auch immer neigten, merkten bald, wie irrelevant solche Kategorien sind, wenn man sich gemeinsam für ein gemeinsames Ziel gegen einen gemeinsamen Gegner organisiert. Gut, dass all die Abgrenzer und Distanzierer der 2010er Jahre inzwischen so uncool waren, dass sie keine Wirkung mehr entfalteten. Tullius Destructivus war gescheitert.

Schon kurz darauf streikten die Fahrradkurier der Essensauslieferer, und diesmal wachte die organisierte Verbände-Zivilgesellschaft aus ihrer Schockstarre auf: es gab einen von vielen Verbänden getragenen Aufruf an alle Restaurantbetreiber, diese Essensauslieferer-Unternehmen solange zu boykottieren, bis sie dem Streik nachgeben und anständige Löhne zahlen - und dazu einen Aufruf an alle, Restaurants zu boykottieren, die sich dieser Aktion verweigern. Die Aktion wurde ein durchschlagender Erfolg - und hatte den Nebeneffekt, dass die Franchise- und Ketten-Restaurants im Besitz globaler Investoren einen schweren Imageschaden erlitten, weil sie sich allesamt dem Aufruf verweigerten, und dies umgehend zu einem massiven Rückgang ihres Marktanteils führte. „Wir alle sind Fahrradkurier“, überall waren die Aufkleber zu sehen.

Solche Aktionen folgten immer öfter. Nur wenige dieser Aktionen waren wirklich bundesweit angelegt, viel mehr spielte sich regional und lokal ab. In den Städten war der alte Herrschafts-Apparat Anfang der 2020er Jahre so ausgezehrt, dass er teilweise wie ein Kartenhaus zusammenfiel. Völlig überalterte Parteien mit schweren Nachwuchsproblemen, ausgezehrte Kommunalfinanzen, bröckelnde Institutionen und Infrastrukturen hinterließen Spuren: immer öfter unterlagen bei Kommunalwahlen die gemeinsamen Kandidaten aller Parteien gegen neue Bürgerlisten. „Rebellische Städte“, in Südeuropa schon seit längerem bekannt, machten sich nun auch in Deutschland breit. Radikale Demokratisierung der Politik, konsequenter kommunaler Ungehorsam gegen die Kommunalaufsicht, und offene Obstruktion gegen das Diktat der Investoren waren das Markenzeichen. In den Städten begann die Demokratie jenseits des Parteienstaats, sie waren das Labor für das Aufbegehren gegen den politisch-wirtschaftlichen Komplex und seine allmähliche Entmachtung. Es war aber auch das Labor dafür, wie in der Zivilgesellschaft nationale Großorganisationen an Bedeutung verloren und der demokratische Prozess sich dezentralisierte. Demokratie wurde konkret erlebbar.

Radikale Demokratie statt neuer herrschender Klasse

Kennzeichen der radikalen Demokratisierung waren nicht nur, all denjenigen Einfluss einzuräumen, die in der Institutionenlandschaft der Vergangenheit keine Interessenvertretung fanden - und das waren viele. Das Risiko, dass dabei Ergebnisse herauskommen, die die neugewählten Verwaltungen nicht einkalkuliert hatten, gehörte dazu. Dazu gehörte aber auch, dass Klientelpolitik verpönt war - auch für die eigenen Leute. Politik für das Gemeinwohl, für alle, nicht für wenige - darum ging es, man wollte auch nicht selber zu einer neuen herrschenden Klasse werden. Dieser Slogan wurde radikal ernstgenommen, die alten Eliten fanden deshalb keine kritischen Massen an Unzufriedenen, um wieder zu übernehmen. Die Ausweitung der demokratischen Möglichkeiten in allen Lebensbereichen bezogen systematisch auch Fragen der Ökonomie mit ein. Legendär bis heute war der Versuch in Göttingen, das Kita-Konzept neu zu ordnen, und die neue Verwaltung Eltern und Erzieherinnen aufforderte, einen gemeinsamen Vorschlag zu machen. Als beide erkannt

hatten, dass die Eltern horrenden Beiträge zahlten, aber die Erzieherinnen Hungerlöhne erhielten, ging man auf die Suche, wo das ganze Geld bleibt. Ein ganzes Geschäftsmodell, die sogenannten „öffentlich-privaten Partnerschaften“, wurde auf den Kopf gestellt.

Lokal wurde Demokratie und Beteiligung erlebbar: im Kleinen gelang, was im Großen nicht möglich schien. Vertrauen in die eigene Kraft war das zentrale Leitmotiv, die lähmende Zuschauer- und Elitendemokratie der 2010er Jahre wurde von der Beteiligungsdemokratie abgelöst. So bildete sich ein starker Bürgersinn heraus: wir gemeinsam in unserer Stadt gegen die da oben, gegen diejenigen, die uns als „Anlageobjekt“ betrachten, das Rendite zu bringen hat. Statt abstrakte sinnlose „Heimatsdiskurse“ und andere Identitäts- und Befindlichkeitsdebatten zu führen, wie in den 2010er Jahren, bildete sich hier ein lokales Heimatgefühl heraus, geprägt vom Stolz auf das gemeinsam Erreichte. Regionales Wirtschaften war eines der Prinzipien, die sich immer mehr durchsetzten. Wozu brauchen wir Restaurants, Supermärkte, Ackerland, Wohnungen, Altenheime, Krankenhäuser, Straßenbahnen, Wasserwerke im Besitz internationaler Ketten, die internationalen Anlagefonds gehören, die wiederum ihre Waren von anderen Ketten beziehen, die ebenfalls internationalen Anlagefonds gehören und allesamt arbeitende Menschen auspressen? Wohin fließt unser Geld? Welche Unternehmen werden von internationalen Anlagefonds kontrolliert – noch 2019 interessierte das niemanden, aber 2021 legten Aktivisten schwarze Steine vor die Standorte solcher Unternehmen. Black Rocks, sozusagen. Webseiten dieser Unternehmen wurden gehackt, schwarze Steine bedeckten die Bildschirme. Da sollte man möglichst kein Geld lassen.

#### Das Ende der „Leitmedien“

Die Politik, die alten Leitmedien jammerten über eine angebliche „Hetzjagd“, versuchten das gesamte Repertoire an Denunziationskampagnen von Anti-Amerikanismus, Anti-Semitismus, Anti-Europismus, Anti-Globalismus, Nationalismus, Krypto-Kommunismus, politische Unkorrektheiten aller Art, von Russland gelenkt, von China gelenkt – es nützte alles nichts. Alternde besserwisserische „Intellektuelle“ aus den 2010er Jahren machten bei den Diskreditierungsversuchen begeistert mit, tingelten von Talkshow zu Talkshow, in erster Linie davon motiviert, selber wichtig bleiben zu wollen. Der erhoffte Spaltungseffekt blieb aus: immer weniger Leute sahen sich solche Programme überhaupt noch an. Die alten Leitmedien hatten die Kontrolle über den gesellschaftlichen Diskurs verloren, und ihre immer kampagnenhafter werdende „Berichterstattung“ über (oder vielmehr gegen) die gesellschaftlichen Entwicklungen der 2020er Jahre beschleunigten diesen Prozess erheblich. Sie waren längst nicht mehr glaubwürdig. Ihre als Horrorbotschaft gedachte Meldung, der internationale Anlagefonds *Black Soil* ziehe sich aus Deutschland zurück, wurde außerhalb der Eliten mit Begeisterung aufgenommen. Heute, wo wir wieder einigermaßen glaubwürdige, pluralistische öffentlich-rechtliche Medien haben, bei denen jeder „Framing“-Versuch sofort transparent würde, können wir uns diese Zeiten kaum noch vorstellen.

Dass die alten Leitmedien so rasch an Einfluss verloren, lag aber zentral daran, dass man mit ihnen im Digitalzeitalter kein Geld mehr verdienen konnte. Das Geschäftsmodell „Zeitung“ oder „Privatsender“ hatte nach den Pleiten von RTL, FAZ und Süddeutscher Zeitung 2023/24 ausgedient. Aber solche Medien waren ja nie nur ein x-beliebiges Geschäftsmodell, sie hatten ja auch eine unverzichtbare Funktion für die Herrschaftssicherung einer Elite. Übrig blieben eigentlich nur noch die „Staatsender“, pardon, öffentlich-rechtlichen Sender. Die herrschenden Klassen Deutschlands, die seit Ende der 2010er Jahre mit wachsender Arroganz auf ihre – ihrer Ansicht nach – unfähigen „Kollegen“ in anderen Ländern Europas

herabsahen, mussten sich nach diesen spektakulären Pleiten schwere handwerkliche Fehler vorwerfen lassen, die herrschenden Klassen einfach nicht passieren dürfen.

### Ökologische Transformation als soziales Projekt

Den meisten Menschen fiel das Verschwinden dieser Medien gar nicht mehr auf. Sie hatten die Initiative längst übernommen. Die Erfolgsstory, wie die Menschen den multinationalen Plattformkapitalismus à la Airbnb, Uber, Deliveroo aus immer mehr Städten vertrieben, machte enormen Mut. Es war überraschenderweise gar nicht so schwer – sobald man das Geschäftsmodell soweit gestört hatte, dass der Profit empfindlich sank, zogen sich diese investorengelenkten Konzerne schneller zurück als erwartet, es gab ja genug profitablere Marktplätze woanders auf der Welt. Noch.

Erstmals seit ungefähr 100 Jahren bekamen die Aktivisten wieder eine Ahnung davon, was es heißt, „erst kommt das Fressen, dann die Moral“. Nachdem sie jahrzehntelange ergebnislose Moralkampagnen geführt hatten, ohne an das Fressen zu denken, kombinieren sie heute beides. Die Erkenntnis setzte sich durch, die ökologische Transformation wird nur gelingen, wenn sie für eine breite Mehrheit ein soziales Gewinnerprojekt ist – und wenn man die wirtschaftlich-politischen Eliten nicht als Verbündete betrachtet, sondern als diejenigen, *gegen* die man dieses Projekt durchsetzen muss. Diese Bewegungen von unten setzten damals die Agenda, die Regierenden reagierten nur noch. Die AFD ging Mitte der 2020er Jahre genauso rasch unter wie sie 10 Jahre früher hochgekommen war, sie wirkte in dieser politischen Landschaft wie aus der Zeit gefallen, ständig auf der (erfolglosen) Suche nach neuen Feindbildern und Themen. Den Rechtspopulisten kam die große Zahl derer, die eine Riesen-Wut auf die Verhältnisse haben, abhanden. Sie waren im Wortsinne bald keine Populisten mehr, weil das Volk, das *populus*, sie praktisch ignorierte, und sie über Dinge redeten, die das Volk nicht (mehr) interessierte.

### Das Ende der Kulturkämpfe – die Renaissance der ländlichen Räume

Der Kampf um die Wählerschaft der Rechten, die Protestwähler der AFD, aber auch das traditionskonservative Milieu der Unionsparteien, war ein zentraler Faktor der Auseinandersetzungen der 2020er Jahre. Dass die Politik gegen ihre eigenen Wähler machen, vor allem auf dem Land – dass die Leute das gemerkt haben, war entscheidend. Dazu gehörte aber auch, dass die Kulturkämpfe der linksliberalen Intellektuellen, die noch in den 2010er Jahren das Land polarisierten, nur noch in irrelevanten akademischen Nischen stattfanden. Dieser Unsinn interessierte einfach kaum noch normale Menschen. „Teile und herrsche“ funktionierte nicht mehr.

Alleine hätten die Städter das allerdings nie geschafft. Auch auf dem Land regte sich etwas und bildete sich eine Bewegung für eine bessere Zukunft. Menschen allen Alters, und auch aller politischer Überzeugungen, taten sich zusammen, um zu verhindern, dass ihre Heimat zur leeren Agrarwüste im Dienste globaler Investorenfonds wird. Auch dies begann vor allem in Frankreich: die „Asterix-Bewegung“ nannten sie sich und inspirierten die ganze Welt. Sie bauten regionale Wirtschaftskreisläufe wieder auf, weil sie wussten, das ist zentral für die Stärke einer Region. Ein Leuchtturm waren Kommunen, die sich den vorgeschriebenen globalen und europaweiten Ausschreibungen verweigerten und lokal öffentliche Aufträge vergaben. Es war nicht einfach, die großen politischen Widersprüche zwischen links und rechts auszuhalten, aber alle wussten: wenn wir uns über unsere Weltanschauung zerstreiten, haben wir verloren. Ländliche Räume wurden tatsächlich wieder lebenswert, über 800 deutsche Kleinstädte meldeten Ende der 2020er Jahre schon wieder Einwohnerzuwachs. Die Städte waren vielen Leuten einfach zu voll geworden. Auf dem Land

wirken sich der Boom der Dorfkulturprojekte und Mehrgenerationen-Begegnungshäuser positiv aus: der Druck, zu Freizeitzwecken in die Städte zu kommen, hat nachgelassen. Ältere Menschen und Familien mit kleinen Kindern loben die Qualität der neuen sozialen Netzwerke. Aber auch die alten Vereine reaktivierten sich, zu einem Heimatgefühl gehört eben auch die Geschichte, und auch kulturell konservative Menschen, die in der neuen Entwicklung oft auch die guten Seiten der Zeiten vor dem Neoliberalismus wiedererkannten. Genossenschaftsläden erobern sich die Dörfer zurück. Die Wege zum täglichen Einkauf des Grundbedarfs werden wieder kürzer.

Eine direkte Konsequenz war, dass der von vielen herbeigesehnte, hochprofitable Bauboom in den Metropolen bald erlahmte. Ein Trend zur Kleinstadt und auch attraktive Dörfer mit lebendiger Infrastruktur und starker Nachbarschaft haben dazu beigetragen, den Druck von den Metropolen zu nehmen. Die Mietenkämpfe in den Metropolen konnten dadurch sehr viel leichter Erfolg haben – Bewegungen in Stadt und Land begannen sich zu verbünden statt sich gegenseitig zu ignorieren. Das Vorbild Wiens machte bald immer mehr Schule, soziale Wohnungsvermietung gemeinnützig zu machen, investorenkontrollierte Wohnungskonzerne nach und nach zu verdrängen und somit die Preissteigerungs-Spirale in den meisten Städten zum Stillstand zu bringen. Die Mieten sind seit 10 Jahren nicht mehr gestiegen. Die Kleinstädte sind hip: Die größere Übersichtlichkeit kommt sowohl Familien mit Kindern als auch alten Menschen entgegen. Sie erleichtert das Gestalten einer eigenen Work-Life-Balance. Tatsächlich loben die Kleinstadt-Fans die Vorteile aus Stadt und Dorf: Man kennt sich noch und rutscht nicht so leicht in die Anonymität ab, dabei gehört Weltoffenheit und viel Mitmach-Kultur zum Selbstverständnis der meisten Kleinstädte. Zur Vielfalt der Lebensformen gehören „traditionelle“ wie moderne Formen des Zusammenlebens: die ideologischen Grabenkriege, welche davon akzeptabel sind und welche nicht, interessieren heute niemanden mehr.

### Repression greift ins Leere

Die unvermeidlichen Repressionsversuche gegen diese erneuerte Zivilgesellschaft ließen allerdings auch nicht lange auf sich warten. Die „Gemeinnützigkeit“ hatten viele Organisationen bald verloren, aber der wachsende gesellschaftliche Rückhalt für eine wirkliche Änderung der Verhältnisse legte schneller zu als die Repression mithalten konnte. Auch den massiv ausgefertigten Überwachungsstaat tricksten die Aktivisten erfindungsreich aus: sie wurden einfach wieder weniger digital. Damit konnten die Geheimdienste gar nicht umgehen. Auch die massive Zurückdrängung von Digitalgeld durch ein Bargeld-Revival machte die Überwachung viel schwerer.

Als 2022 RWE pleiteging und der Sommer nach monatelanger Dürre mit sintflutartigen Überschwemmungen zu Ende ging, endete der Versuch der Bundesregierung, RWE mit Staatsgeldern zu retten, in einem Fiasko. Die Aufdeckung der umfassenden Verfilzung der Politik mit der fossilen Lobby durch die »Kohle-Papers«, die ein Whistleblower durchstach, führt zu schweren Verwerfungen in der politischen Klasse, einem massiven Legitimationsverlust derselben und als Konsequenz einem überhasteten Kohleausstieg.

Erfolg ist die beste Motivation, und so witterten viele Aktivisten in anderen Sektoren ihre Chance. Sie hatten gelernt, die Erfolgsvoraussetzung ist, wenn von einer anderen Politik breite Teile der Gesellschaft direkt und wirtschaftlich profitieren. Früher empfanden viele die Forderungen aus der progressiven Zivilgesellschaft als Zumutung – heute werden die Kosten dieser Forderungen nicht bei „uns allen“ landen, sondern „denen da oben“ aufgebürdet. Die Streikaktionen der Paketboten und Essensauslieferer hatten inhabergeführten Restaurants und Läden Zuwachs beschert, regionale Lebensmittelwertschöpfung vorangebracht, und

natürlich nicht zuletzt auch den im Niedriglohnsektor Beschäftigten mehr Geld und mehr soziale Sicherheit gebracht. Anständige Löhne zu zahlen, gehört heute zum guten Ton: immer mehr Unternehmen listen ihre Gehaltstabellen auf ihren Webseiten auf. Die „black rocks“ dagegen nicht. Schlecht für das Image, sehr schlecht.

### Die Bauern-Kampagne

Nach den großen Pestizidskandalen des Jahres 2024 und den wiederholten Dürrejahren begannen Bauernopposition, Umwelt- und andere Verbände einen großen Plan: sie wollten eine große Wirtschaftslobby nicht nur neutralisieren, sondern übernehmen, nämlich den sogenannten Bauernverband, der aber längst keine Bauerninteressen mehr wahrnahm. Mitte der 2020er Jahre war die wirtschaftliche Lage der Bauern so miserabel, und auch der Zustand der landwirtschaftlichen Böden und der Artenvielfalt so degeneriert, dass die Zeit reif für den Aufstand war. Der neue Bauernverband wurde mit einer Mischung von Bündnissen mit Verbrauchern und Umweltschützern und knallharter Konfrontation mit der Agrarindustrie zu einem Vorkämpfer einer Entwicklung, die die wirtschaftlichen Trends nicht nur in der Landwirtschaft, sondern in der ganzen Ernährungsbranche auf den Kopf stellte. Legendär war die großangelegte Boykottkampagne 2028 gegen den Raiffeisenverband, bis auch dort ein Machtwechsel stattfand. Korruptionsskandale in der Agrarindustrie führten Ende der 2020er Jahre zum Rücktritt fast des gesamten Bundestags-Agrarausschusses und der Landwirtschaftsministerin und einem grundlegenden Politikwechsel. Die Agrarlobby musste kapitulieren. Die Solidarität unter den Verbrauchern mit den Bauern war so groß, dass darüber Aldi und Lidl in die Knie gingen und nie wieder ihre alte Marktmacht zurückerlangten. Der Einzelhandel wurde schließlich auch von der Politik aktiv de-konzentriert.

Was früher einmal monotone, vergiftete Landwirtschaftsflächen waren, sind heute abwechslungsreiche, hoch produktive Landwirtschaftsgärten voller Biodiversität, die Feldlerchen und Wildbienen eine Heimat bieten. Der Beruf des Bauern hat sich grundlegend gewandelt, sie produzieren nicht mehr für Weltmärkte und Supermarktketten, sie produzieren in der Region für die Region, für ihre Nachbarn, ihre Wochenmärkte, in Solawi-Modellen, usw. Auch in den Städten waren die überall präsenten liebevoll gepflegten Gärten Zeichen einer grundlegend gewandelten Ernährungskultur, die mit der Wegwerfmentalität früherer Zeiten nichts mehr gemein hatte.

Das Höfesterben war damit endlich gestoppt worden, Landwirtschaft wird wieder zu einem attraktiven Beruf, junge Leute steigen neu ein – auch wenn es manche Leute nervt, dass der Bauernhof heute oft „Acker-Startup“ heißt. Die fruchtlosen Kulturkämpfe um das Fleischessen und den Veganismus gehörten bald der Vergangenheit an: seit Tierhaltung nur noch artgerecht zulässig ist, haben sich schon aus Preisgründen die Ernährungsgewohnheiten verändert, ohne dass großartige Verzichtsdebatten geführt wurden. Die Abschaffung der industriellen Tierhaltung empfand niemand als Verzicht – und gleichzeitig kam es auch kaum jemandem in den Sinn, die Produkte verantwortungsvoller bäuerlich-ökologischer Tierhaltung zu boykottieren. Der Fleischkonsum ist stark gesunken – die Zahl der Veganer aber auch.

Es war mit dieser Bauernverbands-Kampagne, dass dem Establishment der Lobbyrepublik Deutschland allmählich die Kontrolle über die Gesellschaft zu entgleiten begann – ein Prozess, der kommunal schon recht weit fortgeschritten war. Die organisierte Zivilgesellschaft hatte sich innerhalb von 10 Jahren grundlegend gewandelt. Statt sich in einer um sich selbst und um das Polit-Establishment kreisenden Parallelwelt wohlfühlen, wurde sie von gesellschaftlichen Bewegungen bei drohender Strafe des Untergangs dazu gebracht, sich weit in die Gesellschaft hinein zu öffnen. Sie hat auch in ihrer sozialen Zusammensetzung weit mehr Ähnlichkeit mit dem Rest der Gesellschaft als noch 2019. Ihre Führungspersonen sind

überwiegend Frauen, deutlich weniger Akademiker und vor allem: sie legen größten Wert darauf, nicht unersetzbar zu sein, sondern den Stress einer Führungsposition nur auf Zeit einzunehmen.

### Gewerkschaften in der Zerreißprobe

Die Gewerkschaften brachten diese Entwicklungen bald in eine schwere Zerreißprobe: Ihr großes Problem Anfang der 2020er Jahre war, dass sie längst nur noch eine Minderheit der Erwerbstätigen, der arbeitenden Menschen organisierten: nämlich diejenigen, die noch gut bezahlte „reguläre Arbeitsverhältnisse“ haben, überwiegend männlich, vorwiegend in den Großkonzernen der weltmarktorientierten Exportwirtschaft und Teilen der Zulieferindustrie sowie im öffentlichen Dienst. Um diese zu erhalten, hatten sie auch eine zunehmende Ausweitung des Niedriglohnsektors in Kauf genommen, wo die traditionellen Gewerkschaften nie Fuß fassen konnten und so sich unkonventionelle neue gewerkschaftsartige Organisationsformen entwickelten. Die klassischen Industriegewerkschaften vor allem im Metall- und Chemiesektor wurden immer strukturkonservativer, kämpften aber einen aussichtslosen Kampf gegen den politisch-technologischen Wandel. Zudem organisierten sie immer weniger Erwerbstätige, diese dagegen sehr effektiv. Aber die Auswüchse der Leiharbeit, die Rationalisierungsschübe durch die Digitalisierung unterminierten ihr „Geschäftsmodell“ unaufhaltsam.

Ganz anders die Dienstleistungssektoren. Neben verdi entstanden in den 2020er Jahren eine ganze Reihe gewerkschaftsartiger, relativ informeller Organisationen des Dienstleistungs-Prekariats, keineswegs nur der Fahrradkurriere. Sie organisierten aggressive, überraschungsartig zuschlagende Streiks, Boykottaktionen und anderes und waren extrem gut vernetzt. Sie hatten diese sehr kämpferischen Organisationsformen von den US-Gewerkschaften gelernt, die unter Bedingungen eines Brachialkapitalismus dort die Wende erkämpft hatten. Legal war das in Deutschland damals alles nicht, aber die Arbeitsbedingungen waren so mies, dass dies niemanden interessierte.

Es dauerte lange, bis die Gewerkschaftsbewegung wieder zusammenfand. Erst mit der massiven Krise der exportorientierten Großkonzerne Ende der 2020er Jahre öffneten sich die alten Industrie-Gewerkschaften nicht nur den von ihnen bisher nicht organisierten weiten Teilen der arbeitenden Menschen und auch den breiten zivilgesellschaftlichen Bündnissen gegen sozial- und umweltschädliche Geschäftsmodelle. Innerhalb der Gewerkschaften wurde dies von einem umfassenden Generationswechsel begünstigt – so regierungsfern und kämpferisch, aber auch so mitgliederstark und weiblich wie heute waren die deutschen Gewerkschaften wohl noch nie.

### Das Ende des Exportweltmeisters

Zugegeben, der Zusammenbruch des Euro 2028 und damit des extremen deutschen Exportmodells hat maßgeblich dazu beigetragen, dass sich die Gesellschaft umorientiert hat. Nachdem Deutschland Mitte der 2020er Jahre mit einem Exportüberschuss von 10% des BIP alle Rekorde gebrochen hatte, wurde es dem Rest der Welt zuviel. Die Eurozone zerbrach, weil sich die meisten Länder nicht mehr an die Regeln halten konnten, und überall auf der Welt wurden Strafzölle gegen deutsche Exporte eingeführt. Für die Auto- und Chemieindustrie waren die Konsequenzen verheerend, für die etablierte deutsche Politik aber auch. Weiter-so war endgültig nicht mehr möglich. Die Entwöhnung der Exportsektoren der deutschen Volkswirtschaft von ihrer suchtartigen Abhängigkeit von gigantischen Exportüberschüssen war ein schmerzhafter Prozess, und im Gegensatz zu den Niedriglohnsektoren hatten die

Belegschaften hier echte Besitzstände zu verteidigen. Daran zerbrach das alte deutsche Wirtschaftsmodell, das seine eigene Grundlage immer weiter untergraben hatte.

Solange die Interessen der Auto- und Chemieindustrie handlungsleitend für die deutsche Politik waren, war ein Wandel unmöglich. Das deutsche, extrem exportlastige Wirtschaftsmodell in Frage zu stellen, wäre politisch wahrscheinlich kaum möglich gewesen, hätte es weiter funktioniert – aber es geriet ökonomisch immer mehr ins Stocken. Nicht nur dass der Rest der Welt immer weniger bereit war, den unersättlichen Marktöffnungswünschen des Exportweltmeisters Deutschland entgegenzukommen – auch innerhalb der EU geriet diese Politik immer mehr in die Defensive. Die Kosten des Exportismus – Austerität und Lohnkostendumping in Deutschland sowie staatliches Hätscheln der Exportbranchen, um wettbewerbsfähig zu bleiben – wurden auch innenpolitisch immer weniger akzeptiert. Mit dem Zerbrechen des Euro 2028, hauptsächlich wegen der enormen Schieflagen der aufgeblähten Eurozone durch die deutschen Extrem-Überschüsse, schrumpften die deutschen Exportüberschüsse wieder auf das zu den Zeiten der Deutschen Mark übliche Maß zusammen, einige Branchen mussten schmerzhaft Struktur Anpassungen durchmachen – es waren überwiegend die Branchen, die ohnehin für die ökologische Transformation die Hauptproblemfelder waren.

Schon vor dem Bruch des Euro 2028 wurden internationale Verträge, vor allem die EU-Verträge, die den Neoliberalismus quasi in den völkerrechtlich abgesicherten Verfassungsrang erhoben hatten, immer öfter offen missachtet. Südeuropas und Frankreichs „rebellische Städte“ fingen an mit der Weigerung, europaweite und weltweite Ausschreibungen öffentlicher Vergaben zu machen und stattdessen regionale Wirtschaftskreisläufe zu unterstützen. Die deutsche Regierung, die deutsche Wirtschaft setzten alle Hebel in Bewegung, um diese Verstöße gegen den „regelbasierten Multilateralismus“, gegen das „Friedensprojekt Europa“, gegen das Völkerrecht im Keim zu ersticken – und sie wussten weite Teile des alternden linksliberalen Kommentariats an ihrer Seite. Regeln müssen eingehalten werden, vor allem wenn sie uns selber am meisten nützen – das war schon seit Jahrzehnten ein Kontinuum deutscher Politik gewesen. Diese Politik zerschellte an der Kontroverse um das italienische Recycling- und Reparaturgesetz 2025.

#### Italiens Kreislaufwirtschaftsgesetz

Italiens vierte Populistenregierung hatte ein Gesetz erlassen, das eine weitreichende Recyclingwirtschaft vorschrieb. Es sollte nichts mehr weggeworfen werden, und das gesetzliche Recht auf Reparatur samt Produkthaftungsgarantie für volle 10 Jahre rief sofort die EU-Kommission, China, Vietnam und andere Staaten auf den Plan. Sie klagten wegen dieses „Handelshemmisses“ und verlangten die sofortige Aufhebung des Gesetzes. Zugegeben, Italien hatte das Gesetz weniger aus ökologischer Motivation erlassen, sondern um das dramatische Handelsdefizit und die exzessiven Importe zu reduzieren, ferner um Arbeitsplätze im Land zu schaffen. Aber das Gesetz war der Wunschtraum aller Ökologen, es entsprach den (eigentlich nicht ernst gemeinten) Vorgaben der „Nachhaltigkeitsstrategien“ vieler Länder und es genoss breite Unterstützung im Volk. Per extra angesetzter Volksabstimmung liess das Volk Italiens der EU und den Handelspartner mitteilen, das Gesetz bleibt, ohne Wenn und Aber, ob es euch passt oder nicht, Verträge hin oder her.

Die Deutschen waren zunächst schockiert, aber in der hoch emotional geführten Auseinandersetzung ging der deutsche Konsens „Regeln müssen eingehalten werden“ unter. Die Öffentlichkeit erkannte, dass es viele Verträge gibt, vor allem Handelsverträge und den Lissaboner Vertrag der EU, die eigentlich illegitim sind, weil sie demokratische Entscheidungsspielräume außer Kraft setzen und den Neoliberalismus dauerhaft

vorschreiben. Um sie loszuwerden, muss man solche Verträge eben missachten. Italien gewann diese Auseinandersetzung, und das italienische Kreislaufwirtschaftsgesetz wurde zum weltweiten Vorbild. Der Rohstoffverbrauch ging tatsächlich spürbar zurück, und der Importbedarf vieler Länder auch. Die neoliberalen Handelsverträge der vergangenen Jahrzehnte mit ihren exzessiven Definitionen von „Handelshemmnissen“ waren faktisch Makulatur. Statt „Handelshemmnissen“ räumten wir jetzt „Nachhaltigkeitshemmnisse“ ab.

Eine Zeitenwende war in Deutschland der Großangriff 2030 von Gewerkschaften und Zivilgesellschaften auf Leiharbeit und „outsourcing“. Mit diesem Modell hatten sich jahrzehntelang nicht nur Konzerne, sondern fast noch mehr die öffentliche Hand schlankgespart. Für die betroffenen arbeitenden Menschen bedeutete es Prekarisierung und niedrigere Löhne. Nach demselben Muster wie in den anderen Kampagnen gelang es, dieses Modell massiv zurückzudrängen. Regulär Beschäftigte legten vor allem im öffentlichen Dienst aus Solidarität mit den Leiharbeitern und Outgesourcten gemeinsam mit ihnen die Arbeit nieder. Weil die öffentliche Hand die Schwarze Null nicht aus dem Grundgesetz streichen wollte, musste sie den Reichen die Steuern erhöhen, um die massiven Mehrkosten zu finanzieren. Mehrfach stand diese Kampagne auf der Kippe, weil sie eine rein sozialpolitische Kampagne war und es Umwelt- und Bürgerrechtsgruppen nicht immer vermittelbar war, warum das auch ihre Sache ist.

Aber es war schick, es lag im Trend der Zeit. Der Drang, die Wirtschaftsstrukturen zu demokratisieren, war Anliegen einer breiten Mehrheit. Die Verknüpfung von finanziellem Reichtum und wirtschaftlichem Wohlstand mit Ansehen ist schon lange passé. Extremer Reichtum wurde zunehmend als Ergebnis unfairer Strukturen, Privilegien, Glück und Ausbeutung und nicht von individueller Leistung angesehen und war echt völlig uncool.

#### Digitalisierung und Komplettreform des Steuersystems

Mit dieser Vorgeschichte an erfolgreichen ökonomisch-politischen Auseinandersetzungen und Kämpfen kamen wir in den 2030er Jahren auch mit der Digitalisierung klar. Wir waren nicht mehr nur Bremser, wir fingen an, sie zu gestalten. Einerseits führte sie zu massiver Rationalisierung, also dem Verlust von Arbeit – aber es ging darum, wer von dieser Rationalisierung etwas hat: die Rentiersklasse der *Shareholder* oder arbeitende Menschen. Wir konnten so durchsetzen, dass ein großer Teil der Rationalisierungsgewinne in Form von Arbeitszeitverkürzung ohne große Lohneinbußen bei arbeitenden Menschen landete, nur ein kleinerer Teil bei den Kapitalbesitzern. Alleine hätten wir das nie geschafft, das mussten wir international koordiniert durchsetzen. Wir haben heute noch Respekt vor den amerikanischen Gewerkschaften, bei denen ging es noch ganz anders zur Sache als bei uns. Heute haben die Leute wegen der Digitalisierung deshalb mehr Zeit, eine sehr positive Voraussetzung auch für wirksame eigene Interessenvertretung.

Entscheidend dafür war auch der langwierige Prozess, das Steuer- und Abgabensystem komplett neu zu gestalten. Das war ja in den 2010er Jahren noch der reine Irrsinn, normale Leute wurden ausgeplündert und die reichen 10% nach allen Regeln gepöppelt, und kaum jemand verstand es. Heute gibt es kaum noch sogenannte „Lohnnebenkosten“, aber dafür jede Menge Energie- und Rohstoffnutzungs-Nebenkosten. Die Sozialabgaben eines Unternehmens richten sich nach dem Umsatz, nicht nach der Zahl der Arbeitsplätze – übrigens ein uraltes Konzept, das die Umweltbewegung schon in den 1980er Jahren vorgeschlagen hatte. Die Reichen zahlen bis zu 75%, die Mehrwertsteuer ist wieder bei 7%. Mit allerlei Finanztransaktionssteuern haben wir den Spekulanten das Geschäft verdorben, mit hohen Vermögenssteuern und stark progressiven Erbschaftssteuern die jahrzehntelange Umverteilung von unten nach oben wieder umgedreht.

Auch hohe Betriebsvermögen werden heute soweit besteuert, dass diese teils nicht mehr vollständig in der Hand der Erben der vormaligen Eigentümer bleiben können. Statt diese zu veräußern, führt die Übertragung von Betriebsanteilen auf Belegschaften zu starken Steuernachlässen, wovon zunehmend Gebrauch gemacht wird. Unternehmen zahlen Steuern da, wo sie Umsatz und Gewinne machen - nicht da, wo ihr Firmensitz liegt. Das Abkommen gegen Steueroasen 2027 zeigte tatsächlich Wirkung, heute ist dieses Problem weitaus geringer als früher - aber auch, weil unsere heutigen Steuersysteme ganz anders strukturiert sind. Eine Rohstoffnutzungssteuer können Sie nun mal schlecht hinterziehen, sonst bekommen Sie auch den Rohstoff nicht. Die Effekte all dieser Reformen waren, dass sehr viele Menschen sofort positive Auswirkungen auf ihre eigene Lebenssituation bemerkten, das nahm ihnen die Angst vor dem Neuen. Der Niedriglohnsektor verschwindet langsam, der Mittelstand wächst dynamisch, und richtig Reiche gibt es immer weniger.

### Das Aufbegehren im globalen Süden

Breite Volksbewegungen für eine bessere Zukunft gab es nicht nur in den alten „Industrieländern“ Europas und Nordamerikas. Die überall verfügbare Informationsvielfalt des Internets veränderte auch viele Länder des Südens grundlegend. Im Jahr 2020 kursierte der Blockbuster „Crazy Rich Asians“, und inspirierte bald einen Nachfolger „Crazy Rich Africans“. Die kleptokratischen Eliten wurden lächerlich gemacht. Nein, die Leute wollten nicht selber so werden, sie wollten radikalen Wandel, Politik für alle. Das Ethos der nachkolonialen Ära vor fast 100 Jahren war wieder en vogue, und Analysen wann und warum all diese Ideale damals schief gingen, waren ein Riesenthema - vor allem der Mangel an Demokratie. Statt stillem Begehren nach extremen Reichtum kommt es zu organisierten Massenbewegungen in vielen Ländern des Südens - aber nicht in allen. Die Bewegung, die sich unter dem #thisisourwealth formiert, inspiriert Menschen in aller Welt, auch im Norden, aber eine ganze Reihe von Diktaturen hält dem Wandel bis heute stand. Aber auch ihr Ende ist eine Frage der Zeit.

### Die Kontrolle wirtschaftlicher Macht

Rückblickend kann man sagen, in den 2020er Jahren legte eine von unten runderneuerte Zivilgesellschaft die Grundlagen dafür, dass wir heute in einer Gesellschaft leben, in der wirtschaftliche Macht und politische Macht wirksam kontrolliert und nicht mehr konzentriert werden. Wir hatten erkannt, wie eng Politik und Wirtschaft verwoben sind und man nicht das eine ändern kann, ohne auch das andere zu ändern - und schon gar nicht, dass man nur mit Änderungen der Politik allein auch die Wirtschaft ändern kann. Wir mussten die Kräfteverhältnisse in der Wirtschaft ändern, die Klasse der globalen Anleger und Konzerne zurückdrängen. Exzessive Profite, die mit rücksichtslosen Methoden zustandekommen, werden heute rigoros wegbesteuert, Konzernvorstände sind auch dem Parlament gegenüber rechenschaftspflichtig. Nach und nach haben wir die Gemeinwohlorientierung der Ökonomie durchgesetzt. Firmenvorstände, die eine miserable Gemeinwohlabilanz vorzuweisen haben, können vom Parlament abgesetzt werden. Nachhaltiges und gemeinwohlorientiertes Wirtschaften ist heute auch wirtschaftlich erfolgreicher, die gierige *shareholder value*-Ideologie am Ende. Wir wurden erfolgreich, als wir erkannt hatten, dass man in einer Republik nicht eine andere Politik fordern kann, losgelöst von der Ökonomie, wenn diese Republik von einem eng verflochtenen politisch-industriellen Komplex kontrolliert wird. Als wir anfangen, diesen Komplex und seine Geschäftsmodelle ins Zentrum ihrer Aktionen zu rücken, ihn offen herauszufordern, änderten sich unsere Aktionsformen grundlegend.

Wir wurden sehr viel wirksamer, erreichten sehr viel mehr Menschen und setzten genau da an, wo es den Protagonisten und Profiteuren der „nicht-nachhaltigen“ Geschäftsmodelle weh

tat. Die berühmte „Transformation“ fand statt, indem in heftigen Kämpfen sozial- und umweltschädliche Geschäftsmodelle verdrängt und unwirtschaftlich gemacht wurden sowie nachhaltige, regional wirtschaftende Geschäftsmodelle Spielräume zur Ausbreitung bekamen, von denen Millionen Menschen direkt profitierten. Im Konsens die Welt zu verändern, diese naive Illusion der „Nachhaltigkeitsstrategien“ vergangener Zeiten hatte niemand mehr. Durchschlagend waren die Erfolge, als alte und neue Gewerkschaften sich an diesen Kampagnen beteiligten. Politische Kampagnen entwickelten sich in den 2020er Jahren zu Kombinationen aus politischer Aktion und Streiks und Verbraucherboykottkampagnen, die auch die mit bestimmten Wirtschaftslobbys und ihren Geschäftsmodellen besonders eng verbundene Politiker politisch anzählte. Immer wieder wurden strategische Gerichtsprozesse geführt, die zwar nicht immer gewonnen wurden, aber zur Bewusstseinsbildung beitrugen.

### Wahlrechtsreform

Die Wahlrechtsreform 2025 und die Einführung der Direkten Demokratie veränderte das Verhältnis der zunehmend systemkritischen Zivilgesellschaft zum formalen politischen Prozess. Der politischen Klasse waren diese Konzessionen nicht leicht gefallen, aber sie sahen es als letzten Ausweg, diese neuen, sehr staatsfernen Bewegungen wieder stärker in das formalisierte Politiksystem einzubinden. Genau deswegen sahen große Teile dieser Bewegungen dieses Projekt „Wahlrechtsreform“ sehr reserviert: weite Teile hatten gar nicht die Absicht, gewählt zu werden. Aber tatsächlich gelang es mit einigen Jahren Verzögerung sogar, diese systemkritische Bewegung stärker dazu zu bringen, Abgeordnete in den Bundestag zu schicken (Parteien waren dafür ja nicht mehr notwendig) und verstärkt mit Volksbegehren legislativ tätig zu werden. Heute, 2048, vertreten zwei Drittel der Abgeordneten lokale Strukturen, nur noch ein Drittel vertritt bundesweite Organisationen. Alle Gesetze werden mit wechselnden Mehrheiten beschlossen, Koalitionen und Fraktionsdisziplinen sind unbekannt. Volksgesetzgebung durch direkte Demokratie ist zwar prinzipiell möglich, aber immer noch selten, weil die Volksvertretung das Volk tatsächlich vertritt und der Volksgesetzgebung meistens zuvorkommt. Aber das war mit die langwierigste Änderung der Verhältnisse, die wir erreicht haben.

Natürlich, es gab auch schwierige Sollbruchstellen für die neuen Bündnisse. Nicht jede umweltpolitische Herausforderung war so einfach ein Gewinn für Arbeitnehmerinteressen, für Verbraucherinteressen, für die Gesellschaft insgesamt. Was bei der Agrar- und Ernährungswende wunderbar funktionierte, das war quasi schon eine win-win-Situation, war beispielsweise im Mobilitätssektor wesentlich vertrackter. Da ging es tatsächlich auch um Verzicht. Verglichen mit dem billigen Fliegen war das Auto noch einfach – für das Auto gibt es bequeme Alternativen, für die Reise nach Mallorca nicht. Heute ist Fliegen zwar viel teurer als in den 2010er Jahren, aber aus ökologischer Sicht fliegen wir alle immer noch zu viel. Mit den neuen Zeppelinen haben sich zwar viele Kurzstrecken in der Luft ökologisiert, aber eine nach wie vor globalisierte Weltgesellschaft spielt sich eben nicht nur im Internet ab, sondern auch in persönlichen Begegnungen. Alle Probleme haben wir eben immer noch nicht gelöst.

### Die Deutschen als Nachzügler

Und man muss auch dazu sagen, die Deutschen waren im internationalen Maßstab eher Nachzügler. Länger als in anderen Ländern blieben ihnen die traditionellen Parteien und Großorganisationen erhalten, länger als woanders glaubte man hier noch an diese Strukturen des 20. Jahrhunderts, weil hier auch das alte Wirtschaftsmodell länger funktionierte. Gewerkschaftliche Organisation außerhalb der Kernbelegschaften der Exportindustrien, das haben die Deutschen eigentlich von den Amerikanern gelernt, ja, ausgerechnet von denen. Dort hatte das Rollback gegen den Neoliberalismus früher begonnen, und dort war es das

Aufbegehren der arbeitenden Menschen, nicht der linksliberalen Intellektuellen, das ausschlaggebend war. Die rebellischen Städte, auch das eine der Kernvoraussetzungen für die Transformation, das waren die Modelle, die die Deutschen den Spaniern, den Italienern, den Franzosen abgeschaut hatten. Wir hätten keine Chance gehabt, hätten wir es alleine versucht – aber die neoliberal globalisierte Weltwirtschaft hat eben auch einen globalisierten Widerstand hervorgerufen, und der hat sich gegenseitig besser unterstützt als wir es je für möglich gehalten hätten. Heute haben wir eine weit weniger globalisierte Weltwirtschaft, viel mehr regionale und viel ökologischere Wirtschaftskreisläufe, die sogenannten „globalen Wertschöpfungsketten“ haben wir hinter uns gelassen – aber dennoch jammert kein Mensch über „Protektionismus“. Es geht uns allen besser als damals.

Auch im globalen Süden erwies sich die sinkende Weltmarktintegration überwiegend als positiv. Viele hatten noch geunkelt, wenn der Norden weniger Rohstoffe und weniger Soja verbraucht, weniger iPhones konsumiert, Klamotten nicht mehr 1 sondern 5 Jahre lang trägt, dann schadet das den Entwicklungsländern. Tatsächlich stellten sie fest, dass weitaus weniger Profite in den Norden abfließen als vorher, auch wenn nur in wenigen dieser Länder erfolgreiche Demokratisierungskämpfe stattfanden. Die Eliten- und Kleptokratenherrschaft dort ist eine Herausforderung, vor der wir noch immer stehen.

Womit wir leider auch leben müssen, sind die Spätfolgen unserer früheren Wirtschafts- und Lebensweise – die ja in vielen Teilen der Welt immer noch nicht überwunden ist. Der Klimawandel findet statt, nicht alle Prognosen trafen exakt so ein, aber er macht uns zu schaffen. Zwar gehen die Emissionen weltweit inzwischen stark zurück, aber wir haben eben viel zu lange gewartet. Die Folgen werden uns noch lange heimsuchen. Vor allem der Verbrauch von CO<sub>2</sub> pro Person ging stark zurück. Während in der Vergangenheit die global Reichsten sehr viel mehr CO<sub>2</sub> ausstießen, konnte deren absoluter Verbrauch stark gesenkt werden. Auch der Verbrauch der Ärmeren ging zurück, aber nicht so stark, was auf Grund deren geringen Verbrauchs auch nicht nötig war.

Wir haben viel erreicht, wir können stolz sein. Aber machen wir uns nichts vor, hätten unsere Gegner nicht so viele Fehler gemacht, wir wären nie so weit gekommen. Maß halten, das war das Leitmotiv des zweiten deutschen Bundeskanzlers, Ludwig Erhard, damals in den 1960er Jahren. Sie taten immer so, als wäre er einer ihrer großen Vorbilder, aber sie hatten nichts verstanden. Hätten sie tatsächlich Maß gehalten, wären wir nie in die Ökokatastrophe geschlittert, hätten wir nie einen Niedriglohnsektor bekommen und stattdessen die soziale Marktwirtschaft behalten, hätten wir nie derartige soziale Ungleichheit bekommen, hätten wir auch nie derartige Exportüberschüsse bekommen, mit denen wir Deutsche die EU zerschossen haben. Die Ideologie des Neoliberalismus, die Gier war die Droge, mit der die alten Eliten ihren Verstand immer weiter lahmgelegt haben. *Shareholder Value* nannten sie es, und es war doch nur die pure Gier. Schleichend raubte sie ihnen den Verstand und die Grundlage ihrer Macht. „Maß halten“ ist heute *unsere* Devise. In den 2020er Jahren nannten wir das noch „Suffizienz“, aber von dieser elitären Sprache haben wir uns längst verabschiedet.

Ja, und was ist eigentlich aus unseren Gegnern geworden? Wir sind ja eine pluralistische Demokratie, und die einstigen wirtschaftlich-politischen Eliten sind auch noch da. Sie sind zwar bei weitem nicht mehr so reich, aber arm sind sie definitiv auch nicht. In vielerlei Hinsicht erinnern sie heute an das, was wir selbst in den 2010er Jahren waren. Ständig streiten sie mit sich selbst, halten sich moralisch für etwas Besseres, und die Advokaten der Politischen Korrektheit treiben heute bei denen ihr Unwesen. Man könnte glauben, für viele sei Tullius Destructivus das große Vorbild. Ständig finden sie neue moralische Probleme, die sie dem

Rest der Welt vorhalten und mit denen sie ihre eigene Szene paralisieren und das Trennende betonen. Wir wünschen ihnen auch weiterhin viel Spaß dabei.

